

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis: für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellschein vierteljährlich 60 Pfg., monatlich 20 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.00 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Restame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aannahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Neue Wendung der Entente gegen Rußland Zürcher Erklärung Lloyd Georges und Giolittis.

Zürich, 23. August. (Ausführlichere Meldung.) Aus dem Communiqué, welches vor Beginn der zwanglosen Unterhaltung zwischen den beiden Ministerpräsidenten Lloyd George und Giolitti und den Vertretern der Presse verlesen wurde, entnimmt die Schweizerische Depeschengentrale u. a. folgendes:

Der Meinungsantausch zwischen Giolitti und Lloyd George hat ihre vollständige Übereinstimmung über die vitale und alles überwiegende Notwendigkeit der Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt für einen möglichst frühen Zeitpunkt dargetan. Die erste Garantie für einen solchen Frieden findet sich in den verschiedenen bereits unterzeichneten Friedensverträgen und in der Art und Weise, wie diese Verträge ausgeführt werden. Angesichts dieser Auffassung hoffen und vertrauen die beiden Regierungen darauf, daß das gute Einverständnis, das in Spa erzielt wurde, hinsichtlich der Methode der Ausführung des Versailler Vertrages sich weiter entwickeln werde, so daß sie (die Methode) alle noch ausstehenden Fragen umfassen werde, und daß das hoffnungsvolle Experiment, das dort versucht wurde, gerechtfertigt werde durch getreue Ausführung des dort geschlossenen Übereinkommens von allen Parteien.

Bevor der Friede wiederhergestellt ist, bleibt jedoch noch eine Reihe von bedeutenden Fragen zu erledigen, deren Mehrheit untrennlich verbunden ist mit dem Verlauf von Ereignissen, wie sie jetzt auf dem Territorium des ehemaligen Russischen Reiches abspielen. Bevor nicht der Friede zwischen Rußland und der übrigen Welt wiederhergestellt ist, wird immer eine Atmosphäre von Störungen die Ruhe der Welt weiter bedrohen. Aus diesem Grunde haben die britische und die italienische Regierung Schritte unternommen, selbst auf die Gefahr hin, faßlich verstanden zu werden, um eine Verbindung zwischen Rußland und der übrigen Welt herzustellen. Es ist deshalb tief zu bedauern, daß sie soeben hören, daß die Sowjetregierung trotz wiederholter gegenseitiger Versicherungen, welche in ihrem Namen durch ihre Vertreter in London abgegeben wurden, getrautet hat, Polen Verbindungen aufzunehmen, die nicht vereinbar sind mit dessen nationaler Unabhängigkeit (?). Die Kooperation von Polen ist aus der Wahl der namenhaften männlichen Bevölkerung des Landes ohne Unterschied der Klasse hervorgegangen, und die sogenannte Bürgerarmee, welche nur aus einer Klasse gewonnen werden soll, wie es der vierte Punkt der Bedingungen der Sowjetregierung verlangt, ist nur eine indirekte Methode, um eine Gewaltorganisation zu schaffen, welche durch Verewaltung die demokratische Verfassung über den Haufen werfen und diese Verfassung durch einen Despotismus einzeln weniger erleiden soll, welche die Ideen des Volkswillens in sich aufnehmen haben. Wir können nicht umhin, zu hoffen, daß, wenn die detaillierten Bedingungen über die Zusammenfassung dieser Armees, welche vorläufig verheimlicht werden, bis Polen seine Armees demobilisiert hat, bekanntgemacht werden, man finden wird, daß sie nach dem Vorbild der russischen roten Armees konstruiert ist. Von einer Nation zu verlangen, daß sie als Friedensbedingung eine Armees organisiert zum Schutz von Leben und Ordnung, in der nur eine Klasse von Bürgern mit Ausnahme aller anderen ist, ist ein Einriß in die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung dieses Landes. Daß man eine solche Bedingung nachdrücklich trotz der Versicherungen des Herrn Kamenem an die britische Regierung, daß nichts angeschlossen ist, was nicht von wesentlicher Natur sei, bei der Aufstellung der Bedingungen hinzuweisen hat, ist ein araber Vertrauensbruch und Verhandlungen freudwiderlicher Art mit einer Regierung, welche ihr Wort in sich nicht nimmt, werden schwer, wenn nicht unmöglich. Die Sowjet-Regierung hat den Ausschlag der britischen Regierung zurückgewiesen, einen Waffenstillstand unter Bedingungen abzuschließen, welche das russische Territorium gegen jeden Angriff sicheres stellen hätten, und Rußland sich keinen Normarsch nach dem internationalen Recht mit der Waffe zu setzen. Dieses Land durch Waffenmacht für die Sowjetinstitution zu erörtern. Wenn die Sowjetregierung auf ihrer Weigerung beharrt, so wird es keiner weiteren Kooperation möglich sein, die Diskussion (1) der Sowjets anerkennen oder mit ihnen zu verhandeln. Die Welt im Osten und Westen schreut nach Frieden, aber der Friede ist nur möglich auf der Basis der vollkommenen Anerkennung der Freiheit der Nationen.

Die englische und die italienische Regierung sind beunruhigt durch die unkoordinierte Verleugnung des gegenwärtigen Konfliktzustandes zwischen den Nationen. Den betreffenden Völkern können diese Zustände nichts anderes als immer wachsendes Leid bringen; für die Völker der Welt im allgemeinen bringen sie beständige Unruhe. Bevor diese Konflikte nicht aufhören, ist keine Entwicklung für die Landwirtschaft und Industrie möglich, der Austausch der Erzeugnisse der Länder kann sich nicht frei entwickeln infolge der hohen Preise. Angesichts der Gefahren, die die Einschränkung dieses Austauschs mit sich bringt, wird die Zivilisation, die durch fünf Kriegsjahre geschwächt ist, weiterhin erschüttert. Die britische und die italienische Regierung sind daher einig, daß alle Anstrengungen gemacht werden sollten, um die gegenwärtigen Gegensätze zwischen den Völkern zu beseitigen.

Zürich, 24. August. Gestern nachmittags fand im Hotel National durch den englischen und italienischen Ministerpräsidenten eine Beratung der hier anwesenden ausländischen und schweizerischen Pressevertreter statt. Nach Verlesung des bereits mitgeteilten Communiqués in englischer und französischer Sprache wurde in vertraulichem Kreise ein

Austausch von Fragen der Pressevertreter und von Antworten der beiden Staatsmänner gepflogen. Auf die Frage, ob Lloyd George im September bei der Besprechung zwischen Giolitti und Millerand zugegen sein werde, antwortete dieser: Wahrscheinlich. — Ueber die Danziger Verkehrs-Hindernisse befragt, erwiderte Lloyd George, daß eine solche Unterbindung des freien Durchgangs ein direkter Bruch des Versailler Vertrages sein würde. Der Streit der diesen Verkehr ausübenden Arbeiter sei als eigentlicher feindlicher Akt aufzufassen. Der Vertrag von Versailles müsse auch da respektiert werden. Lebensmittel und Munitionsvorräte für Polen müßten über Danzig besichert werden, der Hafen gehöre zu dem Polen im Friedensverträge zugewiesenen freien Korridor. Auf eine telegraphische Anfrage sei die Antwort gekommen, daß in Danzig keine Schiffe angehalten werden. — Auf eine Frage über die Stellung Englands zu General Wrangel meinte Lloyd George lächelnd, England überlasse den General den Franzosen. — Auf die Schlussfrage, ob eine Besprechung mit den deutschen Regierungsvertretern stattgefunden habe, sagte Lloyd George: Weder direkt noch indirekt.

Aufruf der Gewerkschaftsinternationale zum Kampf gegen den Krieg.

Paris, 24. August. (U.) Die Humanité erhält aus Amsterdam, wo seit einigen Tagen die Mitglieder des Internationalen Gewerkschaftsbureaus versammelt sind, die Nachricht, daß das Bureau einen Aufruf veröffentlicht, der das Proletariat der ganzen Welt anfordert, sich zusammenzuschließen, um seine unwiderrückliche Opposition gegen den Krieg zu erklären und den allgemeinen Weltfrieden auf der Grundlage der Sicherung der revolutionären Erwerbungschaften und der Unabhängigkeit der Völker zu erzielen. Der Verband verlangt von allen Zentralstellen, ebenfalls Massenkundgebungen gegen die Kriegsteilnahme zu veranstalten.

Die elsässische Arbeiterschaft gegen den Krieg.

Berlin, 24. August. (Eigene Drahtmeldung der U.) Die Freiheit meldet unterm 22. August aus Mäh: Die elsässische Arbeiterschaft protestierte in einer Reihe von Versammlungen, die in den größeren Orten des Landes stattfanden, energisch gegen den Krieg. An der Versammlung in Mäh nahmen 2000 Personen teil. In Mülhausen nahm die Volksgewerkschaften unter den Teilnehmern an der Kundgebung vor. Infolgedessen herrscht unter der Arbeiterschaft große Erregung. In verschiedenen Versammlungen wurde beschlossen, in den Generalstreik zu treten, wenn die Verhafteten nicht freigelassen würden. Die Truppen wurden daraufhin verdoppelt.

Die Christlichen fordern die Sozialisierung der Kohlenbergwerke.

Bochum, 24. August. (U.) Eine von 1200 Vertrauensleuten aus dem ganzen Ruhrgebiet besuchte Konferenz des Christlichen Gewerkschaftsbundes nahm eine Entschliessung an, in der die Sozialisierung des Kohlenbergbaues in dem Sinne gefordert wird, daß der private Kapitalprofit künftig ausgeschloffen und der Bergbau ausschließlich dem gesamten Volkinteresse dienstbar gemacht werde. Die Konferenz erwartet von der Regierung die baldige Vorlegung eines diesbezüglichen Entwurfs.

Aufstungen der Reaktion.

Am Sonnabend, dem 14. August, wurden mehrere junge Arbeiter auf dem Bahnhof in Saalfeld von dem Unteroffizier Koch (Reichswehr) angesprochen, ob sie sich nicht nach dem Baltikum anwerben lassen wollten. Es würden bezahlt: Als Eintrittsgeld 500 Mk. und bis zum Abtransport für jeden Tag 43 Mk. Wo der Transport hingehen sollte, sagte Koch nicht. Das Werbebureau für die Baltikumer befindet sich in Saalfeld, Hotel zum weißen Schwan. Leiter desselben ist ein Offizier. Unteroffizier Koch stammt aus Schmiedefeld. Ein entsprechendes Werbeinserat hat Ende Juli im Saalfelder Volksblatt und im dortigen Kreisblatt gestanden.

Offenbar handelt es sich hier um lügnertische Vorspiegelungen. Die Angeworbenen werden für den „Selbstschutz“ ostbaltischer Rittergüter bestimmt sein. Wir haben neulich schon einen Fall mitgeteilt, wo die Angeworbenen, die auch angeblich nach dem Auslande kommen sollten, zu solchen konterrevolutionären Organisationen verschleppt wurden.

Was sagt nun das Reichswehrministerium zu solcher Betätigung von Reichswehroffizieren? Etwa nichts?

Zur Wirtschaftskrise.

B. A. Der vereinigte Wirtschafts- und sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat in seinem zusammenfassenden Bericht über die Ursachen der Wirtschaftskrise im Zusammenhang mit den verschiedenen andern Momenten, die zur Beurteilung der Lage herangezogen wurden, nachdrücklich auf die besondere Bedeutung des währungspolitischen Momentes hingewiesen. Soweit ich sehen kann, ist aber gerade diese Frage bei der inzwischen erfolgten Auseinandersetzung in der Presse etwas kurz weggekommen und es soll daher an dieser Stelle noch einmal dargelegt werden, welche katastrophalen Folgen sich immer wieder aus der wechselnden Bewertung unseres Geldes, aus den bedeutenden Schwankungen der Valuta ergeben müssen.

Das Geld, welches zur Zeit in der deutschen Wirtschaft als gesetzliches Zahlungsmittel zirkuliert, hat den eigentlichen Geldcharakter seit sechs Jahren abgetreift, denn seit dem Beginn des Weltkrieges hat bekanntlich die Einlösbarkeit in Gold aufgehört. Bis zum Kriege bestand für die Reichsbank die Verpflichtung, jede ihr vorgelegte Banknote in Gold umzutauschen und zur Sicherstellung dieser steten Einlösung standen die verhältnismäßig bedeutenden Edelmetallvorräte in ihren Kellern zur Verfügung. Durch Gesetz war das Verhältnis des Notenumlaufes zum Goldbestand festgesetzt und das allgemeine Vertrauen in die Solvenz der Bank, das ein wichtiger psychologischer Faktor bei jedem papierernen Zahlungsmittel ist, war unerschüttert. Seitdem durch souveräne Staatsgewalt die Verpflichtung der Bank, ihre Noten einzulösen, beseitigt und der Zwangskurs dekretiert worden sind, ist die deutsche Währung des metallenen Wertes beraubt und von wesentlich anderen Faktoren abhängig geworden. Die geringfügigen Schwankungen des Goldwertes, die unter anderem die Vorbedingung für die Geldfunktion dieses Edelmetalls sind, fallen bei der Bewertung des deutschen Papiergeldes natürlich vollständig fort, sein Wert wird in der Hauptsache von der Menge der umlaufenden Noten, im Verkehr mit dem Auslande besonders von der Gestaltung der Handelsbilanz bestimmt. Die gesamte Finanzgebarung des Reiches ist unter diesen Umständen ein entscheidender Faktor.

Es ist bekannt, daß seit Jahren eine ständig steigende Inanspruchnahme der Notenpresse für die Zwecke der Reichsfinanzwirtschaft erfolgt ist. Durch diese Form der Deckung öffentlicher Bedürfnisse wird in wachsendem Maße zusätzliche Kaufkraft geschaffen, d. h. ein inflatorischer (aufblähender) Einfluß auf die gesamte Wirtschaft ausgeübt. Um eine richtige Vorstellung von diesem Geschehen zu geben, möchte ich mit wenigen Worten etwas näher darauf eingehen.

Das Reich braucht z. B. zur Bezahlung seiner Beamten Geld. Steuereingänge sind in keinem ausreichenden Umfange zur Verfügung, die Kassen leer. Der Finanzminister ist gezwungen, sich an die Reichsbank zu wenden und gegen Ueberlassung eines entsprechenden Betrages von Reichsbankwechseln die benötigten Summen zu erbitten, die ihm auf das Konto „Haben“ gutgeschrieben werden. Fordert er von diesem Konto eine gewisse Summe, so ist die Reichsbank gezwungen, ihm eine entsprechende Menge Banknoten zu übergeben, die zur Zahlung der Gehälter oder zur Begleichung fälliger Rechnungen dienen. Mit diesen Banknoten kauft der Beamte seine Lebensmittel, Kleidungsstücke und dergleichen. Er tritt also mit einer gewissen Kaufkraft hervor, der an sich gar keine tatsächlichen Werte gegenüberstehen, denn das Geld, das er besitzt, ist nicht als notwendiges Zirkulationsmittel, sondern als überschüssiges Zahlungsmittel in den Umlauf hineingebracht. Sowie diese überschüssige Produktion von Papiergeld in einem größeren Umfange erfolgt, muß eine Veränderung des Geldwertes eintreten, d. h. die Preise aller anderen Waren müssen fortgesetzt steigen, soweit nicht durch andere Einflüsse die Klarheit der Entwicklung verbunkelt wird. Jedenfalls tritt überall, wo die Erscheinung der Inflation zu beobachten ist, eine mehr oder minder entsprechende Steigerung der Preise ein.

Der englische Board of Trade hat z. B. Anfang Juni eine Zusammenstellung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß in den Vereinigten Staaten die Menge des umlaufenden Geldes um 177 Prozent, die Warenpreise um 253 Prozent zugenommen haben. In England ist das Verhältnis 250 gegen 321,8 Prozent, in Japan 274 gegen 266,3, in Frankreich 400 gegen 522,4 v. S.

Wenn wir nun zunächst von der internationalen Bewertung des deutschen Geldes, von der Rolle, die der Gestalt-